

REMS-MURR-KREIS
N i e d e r s c h r i f t
über die Sitzung des

Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 7. Dezember 2009
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:
Fabriz, Häußermann, Dr. Ketterer, Kölz, Metzger, (CDU)
Wersch
Hestler, Kaufmann, Möhrle (bis 18:20 Uhr), R. Ulrich, (SPD)
Völker (bis 18:00 Uhr)
Haußmann, Lenk (bis 17:45 Uhr), Meßmer (FDP-FW)
Häuser, Jasper (Freie Wähler)
Besa, Fauth-Rank GRÜNE

Das stv. Ausschussmitglied: Jenner-Wanek (bis 18:00 Uhr) (CDU)
Wilhelm (FDP-FW)
Hesky (bis 17:50 Uhr) (Freie Wähler)

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Kreiskämmerer Karsten
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Dezernent Bauer
Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt,
GB Schule, Bildung, Kultur
Geschäftsbereichsleiterin Strauß, GB Kreisprüfung (Top 1)
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft
Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken (Top 3 u. 4)
Frau Feindor, Rems-Murr-Kliniken (Top 5)
Weitere Mitarbeiter
Sachkundige Bürger nach § 49 SchulG (Top 2)
Schulleiter
Presse

Der Schriftführer: Kreisamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr Ende der öffentlichen Sitzung: 18:13 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 18:15 Uhr Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:40 Uhr

Öffentlich

a) Feststellung der Jahresrechnung 2008b) Schlussbericht zur Jahresrechnung 2008(Drucksache 102/2009-KT19.10.09, 132/2009 und 133/2009)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Kreiskämmerer Karsten erläutert die Drucksache 132/2009 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er führt hierzu insbesondere aus, das Gesamtvolumen des Kernhaushalts habe beim Rechnungsabschluss 2008 bei endgültig 428 Mio. EUR gelegen, was eine Abweichung von 1,65 % über dem Planwerten bedeute. Dabei habe der Verwaltungshaushalt mit 2,2 % über Plan und der Vermögenshaushalt um 4,7 % unter Plan abgeschlossen. Die meisten Planansätze hätten sich im Rahmen der Veranschlagung bewegt. Es habe jedoch wieder einige größere Abweichungen gegeben. So hätten die Schlüsselzuweisungen um 800.000 EUR abgenommen. Bei den Zinsen seien Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Mio. EUR zu verzeichnen gewesen. Bei den Mieten und Pachten habe es wegen der Übernahme der Liegenschaftsverwaltung für die Kliniken Backnang und Waiblingen ein plus von 400.000 EUR gegeben. Bei den Personalkosten habe man sich erneut um strikte Ausgabendisziplin bemüht und hierdurch, einschließlich der Verwaltungsreformgesetzbereiche, 2,6 Mio. EUR eingespart. Weitere Einsparungen habe es bei der Sozial- und Jugendhilfe mit netto 1,5 Mio. EUR und bei der Schülerbeförderung von 200.000 EUR gegeben. Insgesamt habe eine um 1,5 Mio. EUR höhere Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt erwirtschaftet werden können. Hierdurch habe entsprechend dem Kreistagsbeschluss aus dem Jahr 2001, die Gesamtverschuldung um zusätzlich 400.000 EUR auf insgesamt rd. 64,9 Mio. EUR reduziert werden können. Die Gesamtrücklage „Abfallwirtschaft“ habe sich von 48,7 Mio. EUR auf 50,9 Mio. EUR erhöht. Für Hochbaumaßnahmen seien 5,7 Mio. EUR ausgegeben worden, für Verbesserungsmaßnahmen der Kreisstraßen habe der Landkreis 6,4 Mio. EUR investiert. Für den Kauf der Straßenmeistereien seien 3,5 Mio. EUR angefallen. Kreiskämmerer Karsten berichtet, dass sich die Haushaltsausgabereise im Verwaltungshaushalt auf 3,4 Mio. EUR und der Vermögenshaushalt auf 8,6 Mio. EUR belaufen hätten. Zwischenzeitlich seien die Reste weitgehend abgebaut bzw. die Mittel durch Verträge und Aufträge gebunden. Die Rems-Murr-Kliniken hätten das Jahr 2008 mit einem zusätzlichen Verlust von 3,2 Mio. EUR abgeschlossen. Hiervon sollen 2010 durch den Kreishaushalt 1 Mio. EUR ausgeglichen werden. Die restlichen 2,2 Mio. EUR müssten nach 2011 den Kliniken erstattet werden. Erstmals seit 2008 sei es nicht mehr gelungen, die notwendige Effizienzrendite bei der Verwaltungsreform zu erwirtschaften. Der Grund liege nach wie vor hauptsächlich im Bereich der Vermessungsgebühren. Im Zeitraum 2005 bis 2008 hätten 11 % Effizienzrendite erwirtschaftet werden müssen, tatsächlich seien es jedoch nur 9,61 % gewe-

sen. Die fehlenden 165.000 EUR hätten aus der VRG-Rücklage entnommen werden können. Ende 2008 sei damit noch ein Überschuss von rd. 800.000 EUR vorhanden gewesen, der wohl zum Ausgleich im Jahr 2009 benötigt werde. Nachdem im Schlussbericht des Geschäftsbereichs Kreisprüfung bestätigt werde, dass es keine Gründe gebe, die der Feststellung der Jahresrechnung 2008 entgegenstünden, bitte er den Ausschuss, dem Kreistag die Zustimmung zu empfehlen.

Geschäftsbereichsleiterin Strauß erläutert den Schlussbericht des Geschäftsbereichs Kreisprüfung mit den Prüfungsergebnissen des Jahres 2008. Sie betont, dass der Bericht auch als Tätigkeitsbericht zu verstehen sei. Er biete einen Abriss über die finanzielle Situation des Rems-Murr-Kreises und Vergleiche mit den übrigen Landkreisen in Baden-Württemberg. Die Prüfungsschwerpunkte hätten wieder auf den finanziell bedeutsamen Bereichen, insbesondere bei den Personalausgaben und im Sozialwesen, gelegen. Beanstandungen, die nicht bereits während den Prüfungen ausgeräumt werden konnten, seien zwischenzeitlich erledigt worden. Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung damit insgesamt keine wesentlichen Beanstandungen ergeben. Auch die weiteren Tätigkeitsfelder, vom Datenschutz über die Betätigungsprüfung bis hin zur Innenrevision würden ein positives Gesamtbild vermitteln. Insofern könne sie dem Kreistag die Feststellung der Jahresrechnung 2008 empfehlen. Frau Strauß hebt hervor, dass in Zukunft die Beratung, sowohl prüfungsbegleitend, als auch im Vorfeld von Entscheidungen immer bedeutender werde. Durch diesen präventiven Ansatz könne dazu beigetragen werden, dass die Rechtssicherheit erhöht werde und Aufgaben wirtschaftlicher und sparsamer erfüllt würden.

Kreisrat R. Ulrich erklärt, der Bericht zeige, wie solide die Haushaltsjahre 2005 bis 2008 abgelaufen seien. Er erinnere an die Haushaltsberatung 2007, bei der die Verwaltung von ihrem ursprünglichen Vorschlag mit 37,9 % Punkten auf 37,0 % Punkten abgerückt sei. Nur die SPD-Fraktion sowie die Fraktion der Grünen hätten den ursprünglichen Ansatz beibehalten und die Mehreinnahmen in Höhe von 3,5 Mio. EUR für die Schuldentilgung einsetzen wollen. Gleichzeitig habe die CDU einen Entschuldungsplan gefordert. Im Hinblick auf die inzwischen jedoch stark angewachsene Verschuldung stelle sich die Frage, ob der Kreisumlagehebesatz für 2010 nicht bei 36,0 % Punkten belassen werden solle. Man bestärke Geschäftsbereichsleiterin Strauß, die in ihrem Bericht vorgetragene Arbeitsweise fortzusetzen.

Kreisrat Lenk merkt an, dass man sich über die positiven Ergebnisse des Jahres 2008 freuen könne. Allerdings sei 2008 auch eine „Wendemarke“ hinsichtlich der Effizienzrendite, die erstmals nicht mehr erwirtschaftet werden konnte. Hier appelliere er an die Verwaltung, weiter wegen der Thematik vorstellig zu werden. Ferner bitte er um Auskunft, ob es Einsparmöglichkeiten im Bereich der Asylbewerberunterbringung gebe. Außerdem wolle er wissen, ob die im Rahmen der Stellenbewertung als zu niedrig dotierten Stellen, inzwischen angehoben worden seien.

Kreisrat Häußermann bestätigt, dass die Verwaltung sparsam gewirtschaftet habe. Die Entwick-

lung bei den Kliniken sei nicht so erfreulich. Bezüglich der Verschuldung sei eine Reduzierung versucht worden, was 2008 auch gelungen sei. Leider werde man sich wohl in der Zukunft wieder an Schuldaufnahmen gewöhnen müssen. Bei der Kreisumlage 2008 seien die Zuwächse mit den Kommunen geteilt worden, womit man gut gefahren sei.

Kreisrat Haußmann bittet um Auskunft, ob es Bestrebungen gebe, die interkommunale Zusammenarbeit weiter auszubauen. Es stelle sich die Frage, ob der Einsatz von eigenen Fahrzeugen ab 10.000 km nicht günstiger sei, als die dienstliche Nutzung von Privat-PKW.

Landrat Fuchs bekräftigt, dass ab 2010 finanziell schwierige Jahre anstünden. Klar sei auch, dass der Rückgang in Baden-Württemberg besonders stark sei. Bei den Beratungen zum Haushalt 2008 hätten sich nachträglich positive Zahlen bei den Schlüsselzuweisungen ergeben, was man den Kommunen nicht vorenthalten wollte. Das Schuldentilgungsprogramm habe zwar seine Berechtigung, besondere Zeiten würden jedoch auch außergewöhnliche Entscheidungen erfordern. Langfristig sollen mit den vorgesehenen Investitionen auch Einsparungen erreicht werden. Bezüglich der Spätaussiedler-Heime habe man sich nun auf zwei Standorte konzentriert, auch wenn ein Standort noch günstiger wäre. Durch internationale Konflikte könne jedoch auch zusätzlicher Bedarf entstehen. Die Umsetzung der Stellenbewertung sei abgeschlossen.

Geschäftsbereichsleiterin Strauß antwortet ergänzend, bezüglich den Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit sei beim Landkreistag eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Der Einsatz von privat genutzten PKW's für Dienstfahrten, sei günstiger als Dienst-KfZ.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss en bloc einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen:

1. Die Jahresrechnung 2008 des Rems-Murr-Kreises wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung mit den in der Vorlage ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
2. Die im Rechenschaftsbericht unter 7.2 (S. 33 und S. 35 der Drucksache 102/2009) abgerechneten Hochbau- und Straßenbaumaßnahmen werden anerkannt.

Der Kreistag nimmt den Schlussbericht 2008 des Geschäftsbereichs Kreisprüfung zur Kenntnis

Auszüge:

1 GB Finanzen

1 GB Kreisprüfung

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2010

(Drucksachen 99/2009-KT19.10.09, 100/2009-KT19.10.09, 101/2009-KT19.10.09; 130/2009-UVA30.11.09, 134/2009 und 134a/2009)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Es erfolgt die Beratung des Schulhaushalts unter Beteiligung sachverständiger Bürger nach § 49 SchulG.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die wesentlichen Veränderungen des Schulhaushalts anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er berichtet, dass die Zahl der Schüler an den Beruflichen Schulen um 0,5 % oder 55 auf 10.975 zugenommen habe. An den Sonderschulen sei ein Rückgang um 3,8 % oder um 23 auf 585 Schüler zu verzeichnen gewesen. Die Schülerzahlen an den Beruflichen Schulen hätten sich bei den einzelnen Schularten sehr unterschiedlich entwickelt. So seien die Berufsschüler um 2 % zurückgegangen, die Zahl der Schüler an den Beruflichen Gymnasien sei doch um 7,5 % gestiegen. Bei den einzelnen Schulzentren habe lediglich Backnang einen Zuwachs um 3,6 % auf 3.030 Schüler verzeichnen können, während die Schülerzahl in Waiblingen um 0,5 % auf 4.284 und in Schorndorf 0,8 % auf 3.660 Schüler gesunken sei. Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die neuen Produktgruppen des Teilhaushalts III „Schulen, Bildung, Kultur“ sowie die zugehörige Systematik und des Teilfinanzhaushalts und Teilergebnishaushalts. Er verweist ferner auf die Anträge der Fraktionen zum Schulhaushalt und erläutert hierzu die Stellungnahmen wie in Drucksache 134/2009 zum Schulhaushalt im Hinblick auf den Mensaneubau in Waiblingen, die Erhöhung der Mittel für Hochbaumaßnahmen und Beseitigung des Sanierungsrückstaus.

Geschäftsführender Schulleiter Kluge bekräftigt nochmals die Notwendigkeit einer neuen Mensa in Waiblingen. Die von der CDU-Fraktion beantragte Prüfung der vorübergehenden Nutzung von mobilen Raumzellen wäre wiederum ein Provisorium. Das Cook & Chill-Verfahren wäre teurer, als die herkömmliche Essenszubereitung.

Geschäftsführer Braune weist darauf hin, dass die Mensa schon längst im Bau hätte sein können, was aus saisonalen Gründen sowie der Preisgestaltung und der Haushaltslage dann so nicht möglich gewesen sei. Es zeichne sich jedoch ab, dass das Budget für die Maßnahme beim Bau im Jahr 2010 eingehalten werden könne. Die Fertigstellung sei für 2011 geplant.

Kreiskämmerer Karsten erinnert daran, dass der Kreistag im Jahr 2008 auch der Planung und dem

Bau zugestimmt habe, weshalb die Maßnahme nun wegen der Finanzkrise geschoben worden sei.

Kreisrat Hesky bittet um Auskunft, ob zum damaligen Zeitpunkt alle Alternativen untersucht worden seien. Er bitte nochmals um Bestätigung, dass man sich damals nicht verrechnet habe.

Landrat Fuchs erwidert, er habe im Ältestenrat darauf hingewiesen, dass die Nutzung von Mobilzellen untersucht werden könne, falls die Gremien dies wünschen würden. Nachdem jedoch eine klare Rückmeldung von Seiten der Fraktionen erfolgt sei, wolle man sich im Interesse eines effektiven Verwaltungshandelns diese zusätzliche Arbeit sparen.

Kreisrat Lenk weist darauf hin, dass das Cook & Chill-Verfahren auch nicht wegen der Berufsschüler des Dualen Systems eingesetzt werden könne.

Er wolle zur Geschäftsordnung beantragen, die Ziffern 8, 9, 16 – 19 und 21 heute nicht zu beraten, da noch weitere Fraktionssitzungen und interfraktionelle Gespräche anstünden. Eine abschließende Beratung solle dann im Kreistag am 14.12.2009 erfolgen.

Kreisrat Völker erklärt, er warne davor, Geld für die Untersuchung eines Provisoriums auszugeben, weshalb er der CDU-Fraktion empfehle, den Antrag zurückzuziehen. Im übrigen spreche er sich für die vollständige Beratung der Drucksache 134/2009 aus.

Kreisrätin Fauth-Rank erklärt, nachdem Geschäftsführender Schulleiter Kluge und Geschäftsführer Braune bestätigt hätten, dass ein Provisorium nicht sinnvoll sei, halte sie nichts davon, hierfür Geld auszugeben. Zudem sei sie gegen das Cook & Chill-Verfahren, da regionale Produkte verwendet werden sollen.

Kreisrat Häußermann erklärt, aufgrund des Sachvortrags zum Aufwand und den Kosten für eine Behelfslösung mit mobilen Raumzellen sowie der Stellungnahme der Verwaltung zum Cook & Chill-Essen (Drucksache 134/2009 Ziff. 7), wird der nachstehende Antrag der CDU-Fraktion zurückgezogen:

Die Verwaltung wird beauftragt, alternativ zum Mensaneubau im Beruflichen Schulzentrum Waiblingen eine Übergangslösung aus angemieteten mobilen Raumzellen zu prüfen. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls alternativ zu prüfen, ob nicht Speiserver-sorgung von außen (beispielsweise im Wege eines cook and chill-Verfahrens o.a.) kostengünstiger ist.

Mensa in 2 Raten 2010/2011 und bis zum Vorliegen der Prüfer-genergebnisse (cook & chill) mit Sperrvermerk versehen.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass die Mensa für das Berufliche Schulzentrum Waiblingen im Jahr 2010 anfinanziert und in den Haushaltsjahren 2010/2011 im Haushalt untergebracht werden soll.

Aufgrund noch ausstehender interfraktioneller Gespräche und der Ankündigung eines eventuellen interfraktionellen Antrags, beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen, auf Antrag zur Geschäftsordnung von Kreisrat Lenk:

Die nachstehenden Anträge (Drucksache 134/2009), werden bis zur Sitzung des Kreistag am 14.12.2009 zurückgestellt:

		Drucksache 134/2009
FDP-FW	1. Rate für Mensa BSZ WN mit 1 Mio. €	Ziff. 8
SPD	Neubau Mensa BSZ Waiblingen (höhere Kreditaufn.)	
B 90/GRÜNE	Mensa Sanierung im BSZ Waiblingen mit 1 Million € anfinanzieren.	
FDP-FW	Erhöhung Ansatz Sanierungsrückstau um 2,6 Mio € auf 3,21 Mio. € (Maßnahmen nach Prioritätenliste A)	Ziff. 9a)
B 90/GRÜNE	Energetische Sanierungen wie vorgesehen durchführen (2,2 Mio. €)	Ziff. 9b)
SPD	a) Fassadensanierung Berufsschulzentrum Waiblingen und Backnang sowie Fröbelschule Schmiden b) Fotovoltaikanlage Berufsschulzentrum Schorndorf Auf vorgesehenen Kürzungen bei den obigen Baumaßnahmen (insgesamt 1,64 Mio. Euro) wird verzichtet. Die Arbeiten werden wie ursprünglich beabsichtigt, 2010 durchgeführt und im Haushalt finanziert. Dazu wird die geplante Kreditaufnahme um diesen Betrag erhöht.	Ziff. 9c).

FDP-FW	Erhöhung Ansatz Grunderwerbssteuer um 1,5 Mio € auf 16 Mio. € (<i>voraussichtliches Rechnungsergebnis 2009: 14,9 Mio. €</i>)	Ziff. 16
Freie Wähler	Erhöhung Ansatz Grunderwerbssteuer um 1,0 Mio € auf 15,5 Mio. €	
CDU	Erhöhung Ansatz Grunderwerbssteuer - Betrag noch offen	
CDU Freie Wähler	Globale Minderausgabe bei Personalausgaben mit 1.000.000 €	Ziff. 17
FDP-FW	Globale Minderausgabe bei Personalausgaben mit 800.000 €	
Freie Wähler	Globale Minderausgabe bei Sachausgaben mit 1.100.000 €	Ziff. 18
CDU	Globale Minderausgabe bei Sachausgaben mit 400.000 €	
CDU Freie Wähler	Kreisumlagehebesatz 35,25 % (Wenigererträge 3,3 Mio. €)	Ziff. 19
FDP-FW	Kreisumlagehebesatz 35,75 % (Wenigererträge 1,1 Mio. €)	
B 90/GRÜNE	Kreisumlagehebesatz 36,0 %	
SPD	Kreisumlagehebesatz 36,0 % alternativ 35,25 % (falls SPD-Anträge keine Mehrheit: 35,25 %)	
B 90/GRÜNE	Falls keine weitere Einsparmöglichkeiten durch Verw., Gegenfinanzierung der zusätzlich beantragten Investitionen durch höhere Schulden: 3,2 Mio. €	Ziff. 21
FDP-FW	Falls keine weitere Einsparmöglichkeiten durch Verw., Gegenfinanzierung der zusätzlich beantragten Investitionen durch höhere Schulden: 3,385 Mio. €	
SPD	Falls keine weitere Einsparmöglichkeiten durch Verw., Gegenfinanzierung der zusätzlich beantragten Investitionen durch höhere Schulden: 1,0 Mio. €	
CDU	Falls keine weitere Einsparmöglichkeiten durch Verw., Betrag noch offen	

Es folgt die Beratung des Antrags der FDP-FW-Fraktion zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans (134/2009 Ziff. 4).

Kreisrat Lenk erläutert den Antrag seiner Fraktion und weist darauf hin, dass dieser gestellt worden sei, da auch die Dualen Partner, wie die IHK, bisher nicht informiert seien.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt berichtet, dass nach Auskunft des Regierungspräsidiums, die entsprechenden Zahlen erst jetzt erhoben würden. Die Verwaltung wolle den Schulentwicklungsplan zunächst intern und mit den Schulleitern vorbereiten und danach die Dualen Partner mit einbinden.

Kreisrat Lenk bestätigt, dass statistische Erhebungen erforderlich seien. Es lägen jedoch Anträge der Schulen vor, bei denen die Kammern beteiligt werden müssten.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 4) zum An-

trag der FDP-FW-Fraktion,

Fortschreibung des Schulentwicklungsplans (unter Einbindung der Kammern und Betriebe u. a. mit Zielsetzung Privatschulen und Expansion Stuttgart entgegenzuhalten – Ziel: Nr. 1 bei Beruflichen Schulen und Beruflicher Ausbildung

zur Kenntnis.

Es erfolgt die Beratung der Anträge der CDU-Fraktion und der FDP-FW-Fraktion zum „Impulsprogramm Bildungsregion“ sowie zur Schulsozialarbeit (Drucksache 134/2009 Ziff. 5).

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass er davon ausgehe, dass durch den Beschluss des Konzepts zur Schulsozialarbeit in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.11.2009, sich der entsprechende Antrag erledigt habe.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 5) zu den Anträgen der CDU-Fraktion und der FDP-FW-Fraktion,

Sorgfältigere Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen bei neuen (befristeten) Stellen und Projekten (keine Beteiligung am „Impulsprogramm Bildungsregion“

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich:

Im Stellenplan werden bei den neu zu schaffenden Stellen für das Impulsprogramm Bildungsregion ~~und Schulsozialarbeit an den Kreisberufschulzentren~~ Sperrvermerke angebracht. Die Stellen werden gesperrt bis zur Verabschiedung einer entsprechenden Konzeption. Für die Aufhebung ist der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss zuständig.

Der Sperrvermerk für die Schulsozialarbeit hat sich, aufgrund des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses in der Sitzung am 30.11.2009 über die Konzeption zu Schulsozialarbeit, erledigt. Es folgt die Beratung des Antrags der FDP-FW-Fraktion zur Umsetzung an baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an den Kreisschulen (Drucksache 134/2009 Ziff. 10).

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 10) zum An-

trag der FDP-FW-Fraktion,

Bericht über die Umsetzung der baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an den Kreisschulen

zur Kenntnis.

Der Ausschuss beschließt einstimmig zum nachstehenden Zuschussantrag der Stadt Fellbach (Drucksache 101/2009-KT19.10.2009):

Für die Ausrichtung des Regionalwettbewerbs „Jugend musiziert“ 2010 wird wie bisher praktiziert und im Haushalt veranschlagt ein Zuschuss von 2.500 Euro gewährt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen zum nachstehenden Zuschussantrag des Carl-Schweizer-Museums Murrhardt (Drucksache 101/2009-KT19.10.2009):

Der jährliche Zuschuss an das Carl-Schweizer-Museum, Murrhardt, wird von 4.100 Euro auf 4.500 Euro erhöht.

Landrat Fuchs bedankt sich bei den sachverständigen Bürgern nach § 49 SchulG für deren Teilnahme.

Es folgt die Beratung der übrigen Teilhaushalte.

Kreiskämmerer Karsten erläutert die in Drucksache 134/2009 dargestellten Stellungnahmen der Verwaltung und die Veränderungen seit Einbringung des Haushaltsplanentwurfs anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Es folgt die Beratung des Antrags der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Kindertagesstätte für die Kliniken in Winnenden auf Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 134/2009 Ziff. 1).

Kreisrat Hestler erläutert den Antrag und weist darauf hin, dass sich eine Kita als positiver Standortfaktor in Stellenausschreibungen auswirke. Man lege Wert darauf, dass nicht die Stadt, sondern die Klinik die Federführung habe.

Landrat Fuchs erwidert, es gehe darum, ein flexibles, attraktives und qualifiziertes Angebot zu erreichen. Dies solle möglichst mit dem Zentrum für Psychiatrie und der Paulinenpflege erfolgen mit Unterstützung der Konzeption durch die Stadt Winnenden.

Kreisrat Hesky weist darauf hin, dass bisher keine Flächen für die Kinderbetreuung vorgesehen seien. Die Kita müsste sich jedoch in unmittelbarer Nähe befinden.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 1) zum Antrag der SPD-Fraktion,

Verhandlungen mit dem Land aufnehmen wg. Einrichtung einer Kindertagesstätte für beide Kliniken im neuen Klinikgebäude und Information des Aufsichtsrates und Kreistags.

zur Kenntnis.

Es erfolgt die Beratung des Antrags der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer weiteren medizinischen Einrichtung zum Krankenhaus-Areal in Backnang (Drucksache 134/2009 Ziff. 2).

Kreiskämmerer Karsten erinnert daran, dass eine gemeinsame Lösung mit der Stadt Backnang entwickelt werden solle. Nun sei mit der Kreisbaugesellschaft bzw. RMG und der Ärzteschaft Gespräche über ein Gesundheitszentrum im derzeitigen Schwesternwohnheim geführt. Hier zeichne sich in Bälde eine Einigung ab.

Kreisrat Hestler kritisiert, dass ihm keine ausreichenden Informationen zur Verfügung stünden und

er Bürgern keine Auskunft geben könne. Er zitiert zudem die in der Presse verlautbarte Aussage von Landrat Fuchs und Geschäftsführer Winter, dass in Winnenden eine geriatrische Abteilung denkbar sei.

Landrat Fuchs erinnert an den Beschluss des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses vom 28.09.2009, bei dem die Vorgehensweise hinsichtlich der Nachnutzung festgelegt worden sei. Zum jetzigen Stand halte er eine Diskussion in der Öffentlichkeit, über mögliche Nutzungen, für die es kein Interesse oder keine Anbieter gebe nicht für zielführend. Eine Geriatrie setze voraus, dass der vollständige Querschnitt des medizinischen Angebots benötigt werde.

Geschäftsführer Winter ergänzend darauf hin, dass eine internistische Geriatrie, Akut-Medizin voraussetze.

Kreisrat Hesky warnt davor Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden könnten. Auch er sehe die betroffenen Städte mit in der Verantwortung. Er bitte jedoch zu beachten, dass die Bürger ein großes Interesse an der Nachnutzung hätten.

Landrat Fuchs antwortet auf Frage von Kreisrat Hestler, die Entscheidung über die Nachnutzung liege beim Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss.

Kreisrat Dr. Ketterer erklärt, er könne die Argumentation von Kreisrat Hestler nachvollziehen, zumal sich die Frage stelle, was in Backnang sonst noch mit stationärem Charakter denkbar wäre, wenn die Akutmedizin vollständig in Winnenden angesiedelt werde.

Geschäftsführer Winter erinnert daran, dass das Thema Rehabilitation wegen bestehender Überkapazitäten bereits zur Diskussion gestanden habe. Der Bereich Altenpflege sei zwar ein Thema, der Bedarf in Backnang sei jedoch ausgereizt. An einer Einrichtung einer Privatklinik habe man kein Interesse, auch wenn dies nicht verhindert werden könne.

Landrat Fuchs stellt zusammenfassend fest, dass im Jahr 2010 das Projektmanagement mit den Städten besprochen werde und dann die Pläne in ein Interessenbekundungsverfahren eingehen würden.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 2) zum Antrag der SPD-Fraktion,

Einrichtung einer weiteren med. Einrichtung auf dem Krankenhaus-Areal in Backnang.

zur Kenntnis.

Es folgt die Beratung des Antrags der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer stationären und tagesklinischen Kinder- und Jugendpsychiatrie im Rems-Murr-Kreis (Drucksache 134/2009 Ziff. 3).

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 3) zum Antrag der CDU-Fraktion,

Einrichtung einer stationären und tagesklinischen Kinder- und Jugendpsychiatrie im Rems-Murr-Kreis im Zusammenhang mit dem Klinikneubau in Winnenden

zur Kenntnis.

Es folgt die Beratung des Antrags der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, alle Liegenschaften des Rems-Murr-Kreises auf Ökostrom umzustellen (Drucksache 134/2009 Ziff. 6).

Kreiskämmerer Karsten berichtet, dass der aktuelle Vertrag noch bis zum Jahr 2011 laufe. Alternativ solle der Einsatz von Ökostrom untersucht werden. Man sei sich darüber einig, dass man sich nicht mehr an der Ausschreibung des Gemeindetags beteiligen wolle. Die RMIM wolle örtliche Anbieter mit einbeziehen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 6) zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne,

Alle Liegenschaften, Einrichtungen und Gesellschaften des Rems-Murr-Kreis auf zertifizierten Ökostrom umstellen, so wie dies in den Verwaltungsgebäuden und den Kreiskrankenhäuser bereits geschehen ist.

zur Kenntnis.

Es folgt die Beratung des Antrags der FDP-FW-Fraktion zur Überprüfung der Erzielung von Mehreinnahmen bei der Vermessungsverwaltung durch Gebäudeaufnahmen (Drucksache 134/2009 Ziff. 11).

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 11) zum Antrag der FDP-FW-Fraktion,

Überprüfung, ob durch Gebäudeaufnahmen (Gebäudekataster) Mehreinnahmen bei der Vermessungsverwaltung erzielt werden können.

zur Kenntnis.

Es erfolgt die Beratung des Antrags der SPD-Fraktion „Abwehr“ von Kostenbelastungen durch die Verwaltungsreform (Drucksache 134/2009 Ziff. 12).

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass der Antrag an Brisanz verloren habe, da der Landkreistag erfolgreiche Gespräche mit dem Land geführt habe und eine andere Verteilung signalisiert worden sei. So würden für den Wirtschaftskontrolldienst und bei der Anrechnung der Vermessungsgebühren Verbesserungen erwartet.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 12) zum Antrag der SPD-Fraktion,

"Abwehr" von Kostenbelastungen durch die Verwaltungsreform des Landes

zur Kenntnis.

Es erfolgt die Beratung der Anträge der SPD-Fraktion zum „Abbau von Doppelstrukturen in der Kreisverwaltung zur Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung“ (Drucksache 134/2009 Ziff. 13) und zum Themenbereich Aufgabenkritik, Abbau der „Gutachteritis“.

Kreisrat Völker erklärt, seine Fraktion sei damit einverstanden, dass die Anträge in der Haushaltsstrukturkommission behandelt werden.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 13) zum Antrag der SPD-Fraktion,

Abbau von Doppelstrukturen in der Kreisverwaltung zur Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung

zur Kenntnis.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 14) zum Antrag der SPD-Fraktion,

Aufgabenkritik, Abbau der "Gutachteritis"

zur Kenntnis.

Es erfolgt die Beratung die Beratung des Antrags der FDP-FW-Fraktion, Überprüfung, ob die kreiseigene Rems-Murr-Stiftung steuerunschädlich aufgelöst werden kann (Drucksache 134/2009 Ziff. 15).

Die Kreisräte Völker, Dr. Ketterer und Hesky sprechen sich für eine Erhaltung der Stiftung aus.

Kreisrat Lenk weist darauf hin, dass es seiner Fraktion darum gegangen sei, ob eine steuerunschädliche Auflösung möglich wäre, nachdem es zahlreiche andere Stiftungen gebe.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache

Überprüfung, ob Rems-Murr-Stiftung steuerunschädlich aufgelöst werden kann

zur Kenntnis.

Kreisrat Lenk erklärt, der Antrag habe sich hierdurch erledigt.

Es erfolgt die Beratung des Antrags der SPD-Fraktion Festsetzung der Kreisumlage nach Betragshöhe oder Prozentpunkten auf einen bestimmten Zeitraum (Drucksache 134/2009 Ziff. 20).

Kreiskämmerer Karsten erläutert anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigefügt ist, die Auswirkungen einer solchen Festschreibung auf den Kreishaushalt.

Kreisrat Kaufmann berichtet, dass es im Landkreis Waldshut ein Modell gebe, wo dies praktiziert werde. Er spreche sich dafür aus, dieses Modell zu untersuchen. Es gehe um einen Solidarpakt mit den Gemeinden, damit das „Gefeilsche“ beendet werde.

Landrat Fuchs sagt zu, dass das Modell in der Haushaltsstrukturkommission vorgestellt werde.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 134/2009 Ziff. 20) zum Antrag der SPD-Fraktion,

Festschreibung der Kreisumlage für mehr als 1 Jahr.

zur Kenntnis.

Kreiskämmerer Karsten erläutert die in Drucksache 134a/2009a aufgeführten Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Kassenkredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH bis zu einer Höhe von 35 Mio. Euro und für die Kredite für Investitionen in Höhe von 850.000 Euro im Jahre 2010 wird zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Den unter II. und III. in der Drucksache 134/2009 sowie in 134/2009a aufgeführten Änderungen wird zugestimmt.

Es besteht Einvernehmen, keine Empfehlung über die Höhe der Kreisumlage und über Deckungsvorschläge auszusprechen.

Auszüge:

3 GB Finanzen

1 Rems-Murr-Kliniken

1 RMIM

Immobilienbericht 2008 und Erfahrungsbericht der Rems-Murr-Immobilien-Management GmbH
(Drucksache 135/2009)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Braune erläutert die Drucksache 135/2009 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Fuchs betont, dass die Entscheidung, die Gebäudebewirtschaftung an die RMIM zu übertragen, richtig gewesen sei.

Kreisrat Häußermann bedankt sich für die geleistete Arbeit und bekräftigt ebenfalls, dass man mit der RMIM die richtige Entscheidung getroffen habe. Im Gegensatz zu früher, stünden nun Daten-Grundlagen zur Verfügung. Hiervon könne man langfristig profitieren. Er spreche sich dafür aus, den Abbau des Sanierungsstaus weiter fortzusetzen.

Kreisrätin Möhrle teilt die Auffassung, dass der Grundsatzbeschluss zur Gebäudebewirtschaftung richtig gewesen sei. Sie bedanke sich bei Geschäftsführer Braune für den professionellen Bericht. Ein Schwerpunkt müsse künftig auf der Wärmedämmung liegen, um Energiekosten zu sparen. Sie begrüße, dass die künftigen Stromausschreibungen auch Stadtwerke einbezogen werden sollen. Irritiert sei sie jedoch, über das Ergebnis bei den Reinigungsleistungen.

Kreisrat Haußmann erklärt, der Bericht zeige, wie heute Immobilien gemanagt würden. Er bitte um Auskunft, ob auch das Thema Barrierefreiheit mit einbezogen werde.

Kreisrat Kölz erklärt, die Übertragung an die RMIM sei richtig gewesen, da nun eine bessere Effizienz bestehe. Nachdem der Kreistag beschlossen habe, drei Millionen für den Abbau des Sanierungsstaus jährlich bereitzustellen, solle versucht werden, dies beizubehalten. Er würde es für wichtig halten, wenn die Auswirkung auf den Haushalt dargestellt würden.

Kreisrätin Fauth-Rank begrüßt die gute Darstellung. Die Nutzerbefragung sei ein gutes Qualitätssinstrument. Auch sie habe die Reinigung als neuralgische Punkt erkannt und wolle wissen, welche Maßnahmen hier gegen ergriffen würden. Um den Sanierungsrückstau zügiger in den Griff zu bekommen, verweise sie auf Freiburg, wo Sparkassenbriefe als alternative Geldanlagen zur Finanzierung alternativer Energiegewinnung angeboten würden. Damit könnten mehr öffentliche Flächen für Gemeinschaftsanlagen genutzt werden.

Kreisrat Jasper regt an, besser herauszustellen, welche Synergieeffekte durch die RMIM erreicht worden seien.

Geschäftsführer Braune sagt zu, dass die Synergieeffekte und die Auswirkungen auf den Haushalt künftig besser herausgestellt würden. Das Thema Reinigung sei zwar schwierig, man habe jedoch deutliche Verbesserungen erreicht. Die technischen Leiter der Liegenschaften würden jetzt Standards kennen. Diese seien in der Vergangenheit reduziert worden, was jetzt wieder erhöht werden müsse, zumal Firmen beauftragt würden, die Mindestlöhne bezahlen würden. Es solle eine kleinteilige Ausschreibung der Stromlieferungen erfolgen, um lokale Strukturen zu stärken. Außerdem werde eine Bündelung für die Gasausschreibungen unter Einbeziehung von Stadtwerken angestrebt. Wegen der Klima-Sparkassenbriefe werde Kontakt mit der Kreissparkasse aufgenommen.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Immobilienbericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 2

2 RMIM

2 Kreistagsgeschäftsstelle

Umfrage der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH bei den Kommunen im Rems-Murr-Kreis zum Mietwohnungsbedarf; Zwischenbericht
(Drucksache 136/2009)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft Waiblingen, erläutert die Drucksache 136/2009 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er erinnert daran, dass der Kreistag die Kreisbaugesellschaft gebeten habe, über den Stand und die Entwicklung des eigenen Mietwohnungsbestandes zu informieren. Dem Ältestenrat sei am 24.09.2009 berichtet worden. Außerdem sollte der Bedarf und die Kooperationsbereitschaft mit den Kreiskommunen geklärt werden. Hierzu sei eine Umfrage bei den Kommunen durchgeführt worden. 27 der 31 Städte und Gemeinden hätten sich an der Umfrage beteiligt. Bei der Befragung sei es um die Einschätzung des Bedarfs an bezahlbaren Mietwohnraum gegangen. Es gehe der Kreisbau nicht darum, den Bedarf an „Sozialwohnungen“ abzudecken, sondern vielmehr müsse das Ziel sein, insbesondere erwerbstätige Familien in die Lage zu versetzen, möglichst ohne Inanspruchnahme sozialer Sicherungssysteme, ihre Miete zu bezahlen. Gleiches gelte für ältere Mitbürger. 7 Kommunen, vor allem im vorderen Bereich des Remstals, hätten den Bedarf als hoch oder sehr hoch eingeschätzt, 19 Kommunen würden den Mietbedarf als mäßig bis gering ansehen. Bezogen auf die Einwohnerzahl des Landkreises bedeutet dies, dass für ca. 39,5 % der Kreiseinwohner, ein hoher bis sehr hoher Bedarf und für ca. 52,2 % ein mäßiger bis geringer Bedarf gemeldet worden sei. Baden-Württemberg bilde seit vielen Jahren das Schlusslicht in der Mietwohnungsbauförderung, sodass mit dem Fördervolumen 2009 in Höhe von ca. 30 Mio. EUR, gerade einmal rd. 800 Mietwohnungen gebaut werden könnten. Gleichzeitig scheide der Rems-Murr-Kreis bei den Fördervoraussetzungen aus. Außerdem finde die Bildung von Wohneigentum, vor allem wegen der immer stärkeren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, in einem späteren Lebensabschnitt statt. Auch hierdurch komme einer funktionierenden Mietwohnungsversorgung eine immer größere Bedeutung zu. Durch gemeinsame Projekte einiger Kommunen und der Kreisbau könne das Fehlen von Landesmitteln zwar nicht kompensiert werden, dennoch sei es durch individuelle Kooperationsmodelle gelungen, moderne- und barrierefreie Mietwohnungen zu errichten bzw. zu projektieren. Die Kommunen würden ihren Beitrag durch die kostenfreie Überlassung des Grundstücks und die Unterstützung der Finanzierung durch Kommunalbürgschaften leisten. Die Kreisbau verzichte viele Jahre auf die Verzinsung ihres eingesetzten Eigenkapitals und gehe eine 30-jährige Mietpreisbindung ein. Zudem verpflichte man sich, die Wohnungen mindestens 30 Jahre im Bestand zu halten und räume der Kommune für diese Zeit ein Belegungsrecht ein. 13 Kommunen, die 52 % der Einwohner repräsentieren würden, hätten bereits eine Kooperation mit der Kreisbau oder würden sich eine

solche wünschen. 14 Kommunen hätten kein Interesse und würden auch keine eigenen Modelle pflegen. Insgesamt seien zwischen 134 und 264 Mietwohnungen genannt worden, die in Kooperation mit der Kreisbau entstehen könnten. Geschäftsführer Braune stellt zusammenfassend fest, als weiteres Vorgehen gelte es nun, mit den Kommunen, die den Wohnungsbedarf als mäßig bis sehr hoch eingeschätzt hätten und eine Kooperation mit der Kreisbau wünschen würden, Gespräche zu führen. Da die Kreisbau kein offizielles Förderprogramm entwickelt habe bzw. dies aus finanziellen Gründen nicht könne, müsse auf die jeweiligen örtlichen Möglichkeiten und Situationen eingegangen werden. Im Rahmen der Partnerschaft mit den Kommunen müsse der Bedarf auch mit den einzelnen Möglichkeiten der Kreisbau und ggf. mit Refinanzierungsoptionen für das Unternehmen abgeglichen werden. Im Laufe des Jahres 2010 werde über die Vertiefung bzw. die Konkretisierung der Umfrageergebnisse weiter informiert.

Kreisrat Völker begrüßt, dass sich die Kreisbaugesellschaft stärker ihren Kernaufgaben widmen wolle. Die SPD-Fraktion habe vor zwei Jahren einen entsprechenden Antrag hinsichtlich bezahlbaren Wohnraums und der gemeinsamen Schaffung mit den Kommunen eingebracht. Bedauerlich sei, dass das Land keine Förderung mehr leiste.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass der Wohnraum zwar vorhanden sei, dieser jedoch meist nicht dem Bedarf von Familien entspreche.

Kreisrat Dr. Ketterer erklärt, es sei zwar „ehrenhaft“ dass die Kreisbaugesellschaft sich hier engagieren wolle, es gebe jedoch auch Städte, die hier eigene Projekte verfolgen würden. Einen besseren Effekt, könne z. B. auch durch die Ausschreibung von Projekten gemeinsam mit den Kommunen erreicht werden. Es gelte, dem Trend entgegenzusteuern, da der Bau von Mietwohnungen zur Zeit nicht sehr attraktiv sei.

Kreisrätin Wilhelm bitte um Auskunft, wie groß der jährliche Verlust an Wohnraum sei. Außerdem interessiere sie, ob es Fehlbelegungen z. B. auf Grund der Änderung der Einkommensverhältnisse gebe.

Kreisrätin Fauth-Rank spricht sich dafür aus, auf Grund der demographischen Entwicklung auch im Rems-Murr-Kreis generationenübergreifende Wohnformen weiter auszubauen.

Kreisrat R. Ulrich verweist darauf, dass die Projekte ohne Beteiligung des Kreises realisiert werden sollen. Es stelle sich die Frage, ob evtl. doch ein Beitrag des Kreises notwendig wäre.

Landrat Fuchs entgegnet, es sei nicht Geschäftspolitik der Kreisbaugesellschaft, dass für diese Aktivitäten der Wohnraumbereitstellung auf die Gesellschafter zurückgegriffen werde. Vielmehr müsse dies auch im Interesse der Kommunen liegen.

Geschäftsführer Braune nimmt Stellung zu den vorstehenden Redebeiträgen. Er bestätigt, dass es sinnvoll sei, gemeinsame Ausschreibungen vorzunehmen. So werde die Aufzugswartung bereits gemeinsam mit der Stadt Waiblingen durchgeführt. Der Wohnraumverlust betrage ca. 2 bis 6 %, da die Wohnungen technisch oder wirtschaftlich verbraucht seien. Die demographische Entwicklung werde berücksichtigt, zumal auch die Anzahl der Haushalte, die hiernach fragen würden, zunehme. Eventuell seien auch „Alten-WG´s“ denkbar.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 Kreisbaugesellschaft

1 Kreistagsgeschäftsstelle

Sachstandsbericht zum Krankenhausneubau in Winnenden

Geschäftsführer Winter erläutert den Stand des Neubaus anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er berichtet, dass die Entscheidung über die Vergabe der Fassadenarbeiten am 19.01.2010 entschieden werde. Zur Zeit sei die Ausschreibung für die Haustechnik in Arbeit, das bis jetzt alle Gewerke innerhalb der Region bzw. Baden-Württembergs vergeben worden seien.

Kreisrat Kölz verweist auf die Berichterstattung in der Presse über Rissbildungen an benachbarten Gebäuden.

Geschäftsführer Winter antwortet, in Einzelfällen sei es zu Rissen gekommen, was jedoch zu erwartet gewesen sei. Es werde jedoch ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt.

Kreisrat Dr. Ketterer bittet um Auskunft, ob im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung auch Firmen aus dem Ausland Angebote abgegeben hätten. Zudem wolle er wissen, ob kontrolliert werde, ob an „Billiganbieter“ mit Subunternehmen Aufträge vergeben würden.

Geschäftsführer Winter antwortet, Subunternehmer würden nur mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beauftragt. Zudem würden Kontrollen durchgeführt.

Projektleiterin Feindor antwortet ergänzend, dass bei der Fassadenschreibung auch Anbieter aus den Niederlanden, Österreich und der Schweiz Angebote abgegeben hätten.

Kreisrätin Besa weist darauf hin, dass die Beauftragung von Subunternehmern in den Bauverträgen ausgeschlossen werden könne.

Projektleiterin Feindor erklärt, dies werde überprüft und man behalte sich vor, entsprechende Angebote abzulehnen.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Sachstandsbericht zum Krankenhausneubau in Winnenden zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

Spendenbericht

(Drucksache 137/2009)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 137/2009 aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

Verschiedenes

Landrat Fuchs antwortet auf Frage von Kreisrat Ulrich, man gehe davon aus, dass der Verwaltung ein interfraktioneller Vorschlag zur Verabschiedung des Haushalts vorgelegt werde. Falls vom vereinbarten Verfahrensablauf und der Redezeit von 5 Minuten zur Verabschiedung des Haushalts abgewichen werden müsse, werde er dies mit den Fraktionsvorsitzenden vor Beginn der Sitzung besprechen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Johannes Fuchs

Thomas Hasert